

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/100

Bonn, den 4. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Parteitag der Widersprüche

85

Klärungsprozeß bei der FDP bitter notwendig

Von Wolfgang Jansen

2 - 4

Ungezieltes Steueränderungsgesetz 1964

124

Schwere Bedenken der Hessischen Landesregierung

Von Hubert Grünwald

4

Letzte Warnung ?

31

Genfer UNO-Welthandelskonferenz wird zum Schauplatz
eines politischen Tauziehens

5 - 6

Ein Schritt voran

78

Sozialistische Verleger Europas in Ostende

6

Neuer Ton

Verschämende Worte des israelischen Ministerpräsidenten

Parteitag der Widersprüche

Klärungsprozeß bei der FDP bitter notwendig

Von Wolfgang Jansen

"Das Gefährlichste wäre es, wenn wir selbst nicht wissen, was wir wollen!" rief Erich M e n d e auf dem XV. Parteitag der FDP in Duisburg aus. Die Aussagen dieser Partei sollen sich nach seinen Worten bis zum Herbst 1965 "von Monat zu Monat verdichten". Das setzt einen Klärungsprozeß in der Partei voraus, der bitter nötig scheint.

Den größten Teil seines Hauptreferates hatte Dr. Mende einer maßvollen und fleissigen Darstellung der Außenpolitik gewidmet. Das verhinderte doch nicht, daß der Referent des ausserpolitischen Arbeitskreises, Dr. A c h e n b a c h, noch in diesem Jahr eine spektakuläre Deutschlandkonferenz nach dem Muster der 1959 ergebnislos abgebrochenen Genfer Ausserministerkonferenz einberufen wissen will. Nur mit Hilfe eines Redaktionskomitees konnte Achenbachs Forderung auf eine "gegebene Zeit" unterminiert werden. Mit Recht, denn die Konferenz in Den Haag hat deutlich gezeigt, daß vom Westen zur Zeit zwar ehrliche und hoch einzuschätzende Willensbekundungen, aber keine spektakulären Aktionen zu erreichen sind. Und im Osten dürfte Chruschtschow zur Zeit jede solche Aktion mit einer möglichst demonstrativen Absage beantworten, wollte er nicht die Unterstützung Ulbrichts im Streit mit Peking verlieren.

"Europa-Fahne ergreifen"

Zu Recht formuliert Achenbach, "daß die Politik der europäischen Einigung der deutschen Wiedervereinigung nicht schadet, ja daß eine enge europäische Zusammenarbeit die deutsche Wiedervereinigung fördert." Sein Kolreferent M a r g u l i e s will denn auch der Kopf nicht hängen lassen und "die Europa-Fahne ergreifen". Aber gleichzeitig ruft er auf, in der Wirtschaftsunion "nicht mehr einen Schritt zur Verwirklichung politischer Hoffnungen" zu sehen, sondern dort "ganz nüchtern unsere Interessen" zu vertreten, was dem europäischen Einigungswerk nicht gerade dienlich sein dürfte.

Die große Kurve

Ein Gebiet, auf dem die Bundesrepublik im europäischen Maßstab hinterherhinkt, beleuchtete der Bildungs-Arbeitskreis, der Lichtpunkt dieses Parteitages. Dort wurde das Bildungs- und Erziehungswesen mit Sorgfalt analysiert, dort wurden konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet, die der Verwirklichung wert wären. Nur: während Frau Dr. E a m m B r ü c h e r darauf hindeutet, daß die Aufwendungen von jährlich 2,5 auf 10 Milliarden DM gesteigert und mithin vervierfacht werden müßten, postulierte im Eigentums-Arbeitskreis des Dr. S t a r k e "eine Drosselung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben". Höhere Steuereingänge "aus dem erhöhten Wirtschaftslauf" sollten "aus konjunkturpolitischen Gründen nicht für höhere Ausgaben, sondern zur Abdeckung anderer Verpflichtungen verwendet werden." Alles schön und gut, aber wie verträgt sich das?

Was Dr. Starke in weiten Kurven umkreiste, formulierte sein Kollege M i e c h n i c k klar und präzise. Auch der FDP ist inzwischen

aufgegangen, daß die Arbeitnehmer nicht aus purer Eockbeinigkeit zu wenig Eigentum gebildet haben, sondern weil ihr Anteil am Produktivitäts-Kuchen zu gering war. Es wurde zugegeben, "daß in den Jahren 1950 bis 1960 eine ungleichmäßige Vermögensbildung zu verzeichnen war." (Starke) Diesem Mangel will man aber nicht durch Steigerung der Einnahmen, sondern durch Senkung der Ausgaben beikommen. Dabei wird verschwiegen, daß die beabsichtigte Steuersenkung nur einen Zustand zum Teil wiederherstellen soll, der zwischen 1950 und 1960 bereits erreicht war: er soll einen Teil der inzwischen durch die Erhöhung des Nominaleinkommens in die Steuer bzw. in die Progression herdingewachsenen Einkommensbezieher zugute kommen.

Gemeinschaftsaufgaben blieben am Rande

Bleibt die zweite Maßnahme: Wahlweise Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bei Eigenbeteiligung im Versicherungsfall und Verwendung der so eingesparten Beiträge zur Bildung von Vorräten, das im Schadensfall zur Eigenbeteiligung herangezogen wird. Der Bestand des gebildeten Vermögens wird dadurch abhängig vom Ausbleiben unverschuldeter Schäden, wie sie sich z.B. in den modernen Zivilisationskrankheiten darstellen, von Schäden also, die durch den derzeitigen gesellschaftlichen Zustand herbeigeführt werden. Von vorbeugenden Maßnahmen gegen derartige Schäden aber hält die FDP nichts.

Aktive Gesundheitspolitik ist für sie "Kollektivismus" dessen sowohl die SPD als auch die CDU bezichtigt wird. Die Gemeinschaftsaufgaben werden zweimal erwähnt, einmal abschätzig und einmal mit dem unverbindlichen Ausdruck hoher Achtung und anschließender Einschränkung. Von der Neuordnung der Städte und Gemeinden, dem Ausbau der Verkehrswege, einer aktiven Gesundheitspolitik und dem Problem der älteren Mitbürger war höchstens einmal am Rande die Rede.

Mit Erhard, aber gegen "Erhard-Euphorie"

Es bleibt also manches zu klären, auch bei der koalitionspolitischen Vorstellungen des Parteivorsitzenden. Ist es nicht grotesk, wenn er nach dem Motto: "Wer Erhard will, wählt FDP" die gegenwärtige Koalition auch über 1965 hinaus erhalten wissen will und gleichzeitig die massivsten Angriffe nicht etwa gegen die SPD sondern gegen Teile der CDU/CSU richtet? Glaubt ihm wirklich jemand die Hilfskonstruktion, der Meinungsgraben in der CDU/CSU sei mit der bayerischen Staatsgrenze identisch, weshalb die CDU "gut", die CSU aber "schlecht" und auf sie in der Regierung zu verzichten sei? Wie reimt es sich, daß er einerseits Erhards Popularität ausnutzen will, andererseits vor einer "Erhard-Euphorie" warnt?

* * *

Die FDP von Duisburg, die alle Volkspartei-Pläne zu den Akten gelegt hätte, präsentierte sich als das, was sie in München ein Jahr zuvor nicht sein wollte: Als Ersatz für die mühsam verloren gegangene Mehrheit der CDU/CSU.

Sie tut damit aber auch alles, um selbst dem Widerstrebendsten das Mehrheitswahlrecht schmackhaft zu machen.

+ + +

Unsoziales Steueränderungsgesetz 1964

Schwere Bedenken der Hessischen Landesregierung

Von Hubert Grünwald

Rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1963 propagiert die Bundesregierung ein Steueränderungsgesetz, das angeblich weiten Teilen unserer Bevölkerung Erleichterungen bringen soll. Hat schon die Parteifinanzierung aus Steuergeldern deutlich gezeigt, was Geistes Kind die Bonner Regierungsparteien sind, so beweist erst recht dieses neue Gesetz, welche Tendenz die gegenwärtige Steuerpolitik beherrscht. In seltener Klarheit wird dem Wähler demonstriert, wie die im Bundeshaushalt eingesetzten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit benutzt werden, um ihm ein Steuergesetz schmuckhaft zu machen, das weder der wirtschaftlichen Entwicklung noch der Konjunktur oder sozialen Forderungen gerecht wird. Dem wahltaktischen Verhalten entspricht die Tatsache, daß die Bundestagsmehrheit die seit November 1962 zum großen Teil bestehenden Anträge der SPD bis heute nicht beraten oder hierzu ihre Zustimmung erteilt hat.

Hessens sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat gegen das beabsichtigte und von Bundesrat nunmehr verabschiedete Steueränderungsgesetz erhebliche Bedenken angemeldet:

- 1) Während die Senkung des Steueranfalls von 20 auf 19 Prozent sozial genannt werden kann, ist die beabsichtigte Steuererminderung bei Einkommen bis zu 156 000 DM keine echte Förderung des Mittelstandes. Hier wird der Begriff des Mittelstandes wirklichkeitsfremd nach oben gedreht. Demgegenüber bleibt nach wie vor die stärkste Zunahme der Steuerbelastung bei Einkommen zwischen 12 000 und 40 000 DM erhalten.
- 2) Der beabsichtigte Ausbildungsfreibetrag von 720 DM für Eltern, der aus bildungspolitischen Gründen eine Berufsausbildung von Jugendlichen über 15 Jahren fördern soll, ist unsozial. Während der kleine Lohnsteuerpflichtige diesen Ausbildungsfreibetrag unter Umständen überhaupt nicht oder zum Beispiel nur mit 36 DM beanspruchen kann, erhält der Bürger mit einem Einkommen von 200 000 DM 42 Prozent oder 300 DM Vergünstigung. Noch ungerechter ist diese Regelung, wenn man an eine Arbeiterwitwe denkt, die zwei oder drei Kinder aus ihrer steuerfreien Rente erzieht und keinerlei Unterstützung erfährt. Die Bonner Regierung hat den zweifelhaften Weg über eine Steuervergünstigung wahrscheinlich gewählt, um den Bundeshaushalt zu entlasten und den Steuerzufall zu 61 Prozent den Ländern zuzumuten. Der Verzicht auf eine für alle Jugendlichen aus einer öffentlichen Kasse zu gewährenden Beihilfe ist mit diesem Ergebnis teuer erkauft.
- 3) Ähnliches gilt für den Arbeitnehmerfreibetrag. Dieser soll 120 DM betragen und berücksichtigt ungenügend die steuerlichen Nachteile und Vorleistungen im Lohnsteuerabzug. Das Hessische Kabinett hat sich in diesem Punkt der jahrelangen Forderung von Finanzminister Dr. Conrad angeschlossen und für einen Mindestfreibetrag von 260 DM gestimmt. Die von der Bundesregierung gewählte Regelung ist deshalb besonders fehlerhaft, weil bei den höchsten Einkommen der Arbeitnehmerfreibetrag eine effektive Steuereinsparung von 47 Prozent bringt, während er bei Einkommen von 6 000 bis 10 000 DM nur 4 DM jährlich ausmacht.
- 4) Die Parallele von Zunahme der Vergünstigung und Zunahme des Einkommens zeigt sich auch bei der Erhöhung der Pauschale für Sonderausgaben von 536 auf 936 DM. Durch die Lohnsteigerungen der Vergangenheit und die demgemäß gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge

rungsbeiträge ist von dieser Maßnahme weder eine Entlastung für einen großen Teil von Lohnsteuerpflichtigen noch für die Verwaltung zu erwarten. Die tatsächliche Entwicklung hat den Gesetzgeber bereits überholt.

- 5) Wesentliche Vorteile für Industrie und Gewerbe bringt die neu gewährte Möglichkeit, nach Paragraph 6b Einkommensteuergesetz die durch Abschreibung gewonnenen stillen Reserven für Anlagegüter und Grundstücke zum Erwerb neuen Betriebsvermögens steuerfrei zu realisieren. Hierdurch kann jedes Betriebsvermögen eine erhebliche Wertsteigerung zu Lasten der übrigen Steuerzahler erfahren.
- 6) Der im Gesetzentwurf unternommene Versuch einer Harmonisierung der Regelung für Sonderausgaben, insbesondere Versicherungen und Bausparbeiträge, mit der Sparprämienregelung ist Stückwerk geblieben. Den Gesetzesinitiatoren ist es nicht gelungen, die für Sparprämien geltende Regelung als oberste Grenze auf andere steuerbegünstigte Sonderausgaben auszudehnen und somit eine Bevorzugung der finanziell besonders Leistungsfähigen auszuschließen. Die steuerliche Gerechtigkeit ist in dem dem wirtschaftlichen Interesse der Versicherungen und Bausparassen unterlegen.

Die sozialdemokratische Landesregierung ist aber auch im Hinblick auf unsere Gemeinden besorgt. Einerseits deshalb, weil zusammen mit dem geplanten Gesetz über die Änderung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Gebäude einseitig Sachwertbesitzer und Großvermögen bevorzugt werden und andererseits den Gemeinden und Städten erhebliche Steuerausfälle erwachsen. Zunächst verlieren unsere Gemeinden mit der Minderung der steuerlichen Verbundmasse erhebliche finanzielle Mittel. Nachdem der Bund bereits durch Erhöhung seines Anteils an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf 39 Prozent und andere Maßnahmen den finanziellen Spielraum des Landes Hessen um 690 Millionen DM und damit die Verbundmasse der Gemeinden um 130 Millionen DM in den Jahren von 1957 bis 1966 gemindert hat, dürfte nunmehr für 1965 und 1966 im kommunalen Steuerverbund eine weitere Schmälerung um 88 Millionen DM eintreten. Hinzukommt, daß die vorgesehenen erhöhten Absetzungsmöglichkeiten bei Gebäuden sowie die getroffene Sonderregelung zur steuerbegünstigten Realisierung stiller Reserven den Gemeinden unmittelbare Ausfälle an Gewerbesteuer bringen muß.

Die sozialdemokratische Landesregierung und die Bundestagsfraktion müssen daher die Frage stellen, ob die durch das Steueränderungsgesetz erreichbaren Ziele derartige Opfer rechtfertigen. Außer Zweifel steht wohl, daß es sich bei der Minderung dieser für die öffentliche Hand verfügbaren Mittel um echte Opfer handelt, da hieraus in Hessen ausschließlich Aufgaben für die Allgemeinheit, d.h. für unsere Bürger, erfüllt werden konnten. Es ist zu hoffen, daß unsere Bürger vor der Bundestagswahl erkennen, wem in erster Linie hieraus Steuererleichterungen zukommen und für welche Interessen sich die Bundesregierung einsetzt.

Das Steueränderungsgesetz 1964 hat den Bundesrat passiert. Hessen hat in dem Gesetzgebungsverfahren in den einzelnen Ausschüssen sowohl die Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages auf 360 DM, die Begrenzung der Mittelstandsverbesserung auf Einkommen bis zu 60 000 oder 120 000 DM und die Anhebung der Besteuerung höchster Einkommen auf 38 Prozent beantragt. Diese Belastung der höchsten Einkommen ist gerechtfertigt bei einer vergleichenden Betrachtung der europäischen Nachbarländer. Sie entspricht aber auch der sozialen Gerechtigkeit, da die Mehrzahl der beabsichtigten Vergünstigungen mit der Höhe des Einkommens zunimmt.

Über das Ergebnis der Beratungen im Bundesrat kann gesagt werden, daß sich die Länder aus zwei Gründen dem Steueränderungsgesetz selbst dann nicht versagen konnten, wenn sie in dem überwiegenden Teil der Bestimmungen eine ungerechtfertigte Bevorzugung einzelner Gruppen sehen. Diese Gründe sind einerseits die allgemeine Beliebtheit jeder Steuer-senkung und die Tatsache, daß auch geringe Vergünstigungen für größere, einkommenschwächere Bevölkerungskreise erfolgen, andererseits, daß die Länder gewillt sind, an einer Konjunkturberuhigung mitzuwirken. Sie teilen in ihrer Mehrheit die Auffassung, daß eine Minderung der öffentlichen Einnahmen in Höhe von 2 bis 3 Milliarden DM eine wünschenswerte Beschränkung der öffentlichen Haushalte mit sich bringt. Der laut verkündete Wunsch des Bundeskanzlers, hierdurch einen Beitrag zur Geldwert-erhaltung zu leisten, bleibt demgegenüber sehr zweifelhaft. Sowohl die Erhöhung der Gebäudeabschreibung als auch die steuerfreie Verwirklichung stiller Reserven werden preissteigernde und konjunkturanheizende Wirkung zeigen und somit die erstrebte Geläwert- und Lohnstabilität vereiteln.

+ + +
Letzte Warnung ?

PS - Genf

Die Genfer UNO-Welthandelskonferenz ist nach dem Beschluß der Ent-wicklungsländer und der Ostblockstaaten, eine eigene Welthandelsorgani-sation zu gründen, zum Schauplatz eines politischen Tauziehens gewor-den, dessen Ausgang formal zwar schon feststeht, bei dem man aber im-mer noch hofft, daß sich neue Ansätze für die Überwindung der Krise einer großen Idee zeigen werden. Die Entwicklungsländer, müde der stän-digen Uneinigkeit der westlichen Industriestaaten, haben sich zu einem Block zusammengeschlossen und mit der Gruppe der östlichen Staa-ten verbunden. Sehr interessant ist hierbei, daß sich ausser Neusee-land und Thailand auch der Vatikan der Stimme enthielt, während Öster-reich sich der Abstimmung ferngehalten hat. - Nur wissen die Entwick-lungsländer natürlich genau, daß die Staaten des Ostblocks ihnen nicht im entferntesten die gleiche wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen können, wie die 19 in Genf vertretenen westlichen Industriestaaten. Das scheint aber im Augenblick keine allzu große Rolle zu spielen, denn bei den Delegationen der Entwicklungsländer war in letzter Zeit häufig zu hören, daß man von den Ostblockstaaten in erster Linie Hilfe in personeller Hinsicht - also Ingenieure, Monteure, Straßenbauer, Agronomen, Lehrer und Ärzte - erwartet. Jetzt sind Verhandlungen über die Frage in Gang gekommen, ob auf einer Ministersitzung am 9. Juni hinter verschlossenen Türen ein Kompromiß gefunden werden kann.

Der bisherige Mißerfolg der Genfer UNO-Welthandelskonferenz ist nach Meinung maßgebender Experten darauf zurückzuführen, daß die west-lichen Industriestaaten trotz zahlreicher Warnungen nicht in der Lage waren, ihre Hilfsmaßnahmen so aufeinander abzustimmen, daß bei dem Ver-such der Schaffung einer Welthandelsorganisation keine Möglichkeit be-steht, politische Machtinteressen neutralistischer oder kommunistischer Staaten in die Verhandlungen "hineinspielen" zu lassen. Um dies zu ver-meiden, hatte die Sozialistische Internationale bereits im Mai 1962 ent-sprechende Anregungen unterbreitet und erneut im September 1963 in Amsterdam ihre warnende Stimme erhoben.

+ + +

Ein Schritt voran

Sozialistische Verleger Europas tagten in Ostende

Mö. - Ein historischer und ein politischer Anlaß führte vor kurzem die sozialistischen Verleger und Buchhändler des freien Europa in diesem Jahr nach Belgien, nach Ostende und Brüssel, zu ihrer Jahrestagung. Im Herbst dieses Jahres findet in Brüssel die Feiern zum 100-jährigen Bestehen der Sozialistischen Internationale statt und so lag es für die Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler nahe, dem Land Belgien eine Referenz zu erweisen. Im September wird die Internationale Literarische Arbeitsgemeinschaft zusammen mit dem Büro der Internationale und der belgischen sozialistischen Partei in einer großen Ausstellung im Brüsseler Palais Beaux-arts die Geschichte der Internationale dokumentarisch aufzeigen. Briefe, Flugschriften, Bilder und alle bisher zu diesem Thema erschienenen Bücher sollen eine umfassende Schau ermöglichen. Der Kongreß, den die Gruppe zusammen mit der Internationalen Literarischen Arbeitsgemeinschaft veranstaltete, hatte aber auch einen kulturpolitischen Hintergrund. Auch die Verleger und Buchhändler haben in den vergangenen Jahren immer stärker zu spüren bekommen, wie sehr die Bundesrepublik mit ihren Nachbarn zusammengewachsen ist. Dem demokratischen Sozialismus und dem europäischen Einigungsgedanken gleichermaßen verbunden, diskutierten die deutschen Buchhändler und Verleger freimütig und offen mit ihren Kollegen aus anderen europäischen Ländern.

Verleger Gustav Schmidt-Küster, Hannover, konnte hauptsächlich Teilnehmer aus Deutschland, Belgien, Holland, Großbritannien, der Schweiz und Österreich begrüßen. Europa - so sagte Schmidt-Küster - sei nicht mehr nur ein geographischer Begriff, aber leider noch keine Nation. Die Tagung, sei deshalb nach Ostende einberufen worden, weil man den Europagedanken in den Mittelpunkt stellen und bewußt dazu beitragen wolle, die europäische Gemeinschaft auch außerhalb der staatlichen Ebene im Bereich der verlegerischen und buchhändlerischen Arbeit zu verwirklichen. Er wies auf eine ganze Reihe praktischer Beispiele der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des verlegerischen Schaffens hin. "Wir müssen unsere Arbeit im Interesse von Ideen noch mehr koordinieren und noch mehr zusammenstehen, noch mehr gemeinschaftlich wirken", erklärte er. Gerade die Kulturpolitik sei ein Instrument, die europäische Einigung weiter voranzutreiben, zum anderen sei die Kulturpolitik auch ein Mittel, um zu unseren Nachbarn im Osten, die ja auch zu Europa gehören, ein Verbindungsglied zu schaffen.

Der erste Tag des Kongresses war den einzelnen Fachbesprechungen vorbehalten. Die Verleger diskutierten besonders über die Möglichkeiten und praktischen Versuche, eine Koproduktion europäischer sozialistischer Literatur durchzuführen. Nach einer Diskussion über den deutschen Jugendbuchpreis wurde festgestellt, daß dieser Preis in seiner jetzigen Form keine Ideallösung darstelle, daß aber unbedingt zu empfehlen sei, ihn auch in Zukunft zu erhalten. Die Fachgruppe Buchhändler befaßte sich mit dem Berufsbild und mit dem Problem der Nachwuchsförderung. Diskutiert wurde auch über die Frage der Produktion der rechtsradikalen Verlage in der Bundesrepublik und die Frage der Einfuhr von ostzonaler Literatur in die Bundesrepublik.

Die Hauptreferate der Tagung hielten der hessische Staatssekretär Prof. Dr. W. Brundert und Senator A. Molter. Senator A. Molter, Generaldirektor der "Volksgazet" in Antwerpen, sprach über Probleme der europäischen Einigung. Professor Dr. W. Brundert widmete sein Referat dem Thema "Kulturpolitik als Mittel der Diktatur". Hierbei

stellte er u.a. fest, daß die Kulturpolitik immer schwächster Punkt einer jeden Diktatur sei, weil sich die freie geistige Schöpferkraft des Menschen, sein Bestreben, ein besserer Mensch zu werden, immer wieder gegen Terror und Propaganda durchzusetzen vermag. Prof. Brundert wies eindringlich darauf hin, daß Kultur und Kunst ein Propagandamittel totalitärer Staaten sei, das schon in der Schule benutzt werde. Anhand von Zitaten zeigte er die verschiedenen Auffassungen und Grundlagen totalitärer Kulturpolitik von Lenin bis Goebbels. Die Hauptreferate der Tagung wurden sehr lebhaft diskutiert. - In einem ausführlichen, mit umfassender Sachkenntnis vorgetragenen Diskussionsbeitrag wies M. R a u s c h e r vom Büro der Sozialistischen Internationale in London nach, wie den Entwicklungsländern die geistigen Quellen des demokratischen Sozialismus, etwa die Schriften von Bebel, Adler, Kautsky, Bernstein, Renner und Bauer vollständig unbekannt geblieben sind, so daß die Gefahr bestehe, daß dort die gleichen Fehlentwicklungen durchgemacht werden müßten, wie sie in Europa während der letzten 100 Jahre verliefen. Rauscher wies die deutschsprachigen sozialistischen Verleger auf die große und verantwortungsvolle Aufgabe hin, mit Übersetzungen ein Feld zu besackern, das noch völlig brach liegt.

Die Tagung fand ihren Abschluß im Erasmus-Haus von Anderlecht, wo Viktor Broeke, früher belgischer Aussenminister und Minister für Kultur und Unterricht die Teilnehmer im Namen des belgischen Parteivorstandes begrüßte. Die Kongreßteilnehmer fanden in Belgien eine überaus freundliche und herzliche Aufnahme. Eine kunsthistorische Fahrt durch Westflandern und Empfänge in Brügge, Ostende und Knokke waren der gesellschaftliche Rahmen dieser so überaus erfolgreichen und fruchtbringenden Tagung.

+ + +

Ein neuer Ton

Versöhnende Worte des israelischen Ministerpräsidenten

sp - Die Erklärung, die der israelische Ministerpräsident Levi E s h k o l zum Abschluß seiner Beratungen mit der amerikanischen Regierung in Washington abgegeben hat, lassen aufhorchen. Eshkol erklärte, zwischen Israel und den arabischen Staaten gebe es keine Probleme, die nicht in Verhandlungen gelöst werden könnten. Israel betrachte sich nicht im Kriegszustand mit den arabischen Staaten, müsse jedoch "sein Pulver trocken halten", da man in den arabischen Staaten allzu oft davon rede, man wolle Israel "auslöschen". Auch das schmerzliche Problem der Palästinaflüchtlinge könne gelöst werden, und Israel sei bereit, mit den arabischen Staaten einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. - Es ist anzunehmen, daß sich der israelische Ministerpräsident vor Antritt seiner Reise nach Washington der Zustimmung der politischen Parteien in Israel zu seiner versöhnenden Geste versichert hat; andernfalls hätte er kaum in den USA so gesprochen. Bisher scheiterten ähnliche Entspannungs-Initiativen gemäßigter israelischer Politiker stets am Widerstand der innenpolitischen Opposition und sogar einer Teiles der Regierungskoalition. Wenn man in Kairo die von Eshkol vorsichtig dargebotene Geste richtig versteht, könnten die Erklärungen des israelischen Ministerpräsidenten in Washington der Beginn eines neuen Abschnitts der israelisch-arabischen Beziehungen sein. Zu wünschen wäre es im Interesse b e i d e r Völker.

+ + +